



Für Mensch und Natur – Gegenwind Schleswig-Holstein e. V.  
- Der Vorstand -  
Stinkbüdelsbarg 1, 24363 Holtsee  
www.gegenwind-sh.de – kirchhof@gegenwind-sh.de  
Mitglied in der Bundesinitiative Vernunftkraft e.V.  
www.vernunftkraft.de



Für Mensch und Natur  
Gegenwind  
Schleswig-Holstein e. V.

06.05.2016

Herrn Ministerpräsident Torsten Albig  
Düsternbrooker Weg 104

24105 Kiel

### **Bitte vertreten Sie das Land Schleswig-Holstein, nicht die Windkraftlobby**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Albig,

der Presse entnehmen wir, dass am 12. Mai 2016 ein Bund-Länder-Gespräch zur Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) ansteht. Insbesondere soll es um Ausbauziele für die Windkraft an Land gehen. Im Hinblick auf diese Gespräche möchten wir Sie und die Personen, die Sie ggf. vertreten, Folgendes wissen lassen:

### **Ein ungezügelter Windkraftausbau läuft den Interessen von Mensch und Natur in Schleswig-Holstein zuwider.**

**Vielmehr entspricht es dem Interesse des Landes Schleswig-Holstein, einen vernünftigen Ausgleich zwischen den Interessen der Bürgerinnen und Bürger und den Interessen der Windkraftindustrie zu schaffen.**

**Die Entscheidungen sind mit ökonomischer und ökologischer Vernunft zu treffen:**

Die unabhängige Wissenschaft<sup>1</sup> weist seit Jahren darauf hin, dass die auf 20 Jahre gewährten Preis- und Absatzgarantien für „Ökostrom“ erhebliche ökonomische Verwerfungen, aber zunehmend auch technische Probleme und ökologische Schäden hervorrufen:

*Der alles dominierende rasante Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugungskapazitäten ist maßgeblich für die Probleme der Umsetzung der Energiewende.*

*Die Kosten für diese klimapolitisch wirkungslose Förderung belasten die Stromverbraucher als reine Zusatzkosten.*

*Hier wird zu Lasten des Gemeinwohls das Motto „je mehr und je schneller, desto besser“ verfolgt.*

urteilte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage bereits 2012. Die Wirtschaftsweisen behielten Recht:

Der Zubau an Windkraft- und Solarkapazitäten verursacht die inzwischen allfällig bekannten technischen und wirtschaftlichen Verwerfungen. Kernproblem ist die Volatilität, die einen

---

<sup>1</sup> Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, die Monopolkommission, die wissenschaftlichen Beiräte von Finanz- und Wirtschaftsministerium, die Expertenkommission Forschung und Innovation des Bundestages u.v.m.

Anstieg der zufälligen Leistungsschwankungen und -spitzen bewirkt. In der Summe verhält sich die Wind- und Solar-Stromproduktion ungefähr so, als würde man die Erzeugungsleistung von 35 Großkraftwerken im täglichen Rhythmus auswürfeln. Für Schwankungen in dieser Größenordnung ist unsere Stromversorgung nicht ausgelegt. Die von der Windkraftlobby verbreitete und im BMWi aufgegriffene Behauptung von der „Glättung der Stromerzeugung durch Ausbau in der Fläche“ ist durch Fakten und eindeutige Mathematik inzwischen widerlegt.

Als Folge der volatilen Stromerzeugung wurden im Jahr 2015 nicht weniger als 4.700 GWh Überschussstrom gegen eine Entsorgungsgebühr von 45 Mio. € im Ausland verklappt. Im letzten Jahr wurden mehr als 200 Mio. € für abgeregelten Strom bezahlt, Strom, der hätte produziert werden können (!). Die Netzbetreiber haben 1 Mrd. € aufgewendet, um das Stromnetz vor dem Blackout zu bewahren und unsere elektrischen Nachbarn bauen für 200 Mio. € (auf unsere Kosten) an den Grenzen Stromsperrn ein, um die eigenen Stromnetze zu schützen. Dieses System subventionieren wir jährlich mit 24 Mrd. € – für Strom, der dann 1,5 Mrd. € an den Strombörsen wert ist.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie:

Bitte orientieren Sie sich an den in beiliegender Stellungnahme der Bundesinitiative VERNUNFTKRAFT hergeleiteten Empfehlungen. Bitte machen Sie die Interessen Schleswig-Holsteins und der hier lebenden Menschen geltend. Das Partikularinteresse der Windkraftindustrie ist lautstark genug.

Wenn Sie ernsthaft mehr für den Umweltschutz machen möchten, dann setzen Sie sich für eine Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen ein. Für Deutschland gibt die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) die jährlich festgelegten CO<sub>2</sub>-Zertifikate aus, die den Ausstoß an CO<sub>2</sub> zulassen. Aufgrund der beschlossenen Randbedingungen steigt die jährliche Zahl von 2014 bis 2017 kontinuierlich an.

- **Bringen Sie eine Gesetzesinitiative (z. B. über den Bundesrat) ein, die bewirkt, dass die DEHSt weniger Zertifikate ausgibt als bisher geplant.**
- **Bei den wöchentlichen Versteigerungen könnte die Zahl der Zertifikate z. B. um 10 % verringert werden. Dies würde zu einer echten CO<sub>2</sub>-Einsparung von mehr als 16 Mio. Tonnen im Jahr führen.**

Mit freundlichem Gruß



Dr. Susanne Kirchhof - 1. Vorsitzende -

Anlage